




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 06.12.05

Soziale Balance erhalten: Bei Kürzung der Leistungen an Bundesbeamte von Schleswig-Holstein lernen!

„Bei den geplanten finanziellen Einschnitten für die Beamten sollte auf soziale Ausgewogenheit geachtet werden. Die Rasenmähermethode, unabhängig von der Einkommenshöhe, kann hierbei nicht der richtige Weg sein.“ Diese Meinung vertritt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann. Der Abgeordnete erinnert daran, dass in Schleswig-Holstein mit Erfolg eine Abstufung beim Weihnachtsgeld für die Landesbeamten vorgenommen worden ist. Die Differenzierung liegt hier zwischen 49 und 68 Prozent eines Monatslohnes. Dabei erhält ein einfacher Steuersekretär den höchsten Satz, während ein Regierungsdirektor prozentual weniger bekommt. Am niedrigsten fällt das Weihnachtsgeld bei den Pensionären aus.

Das gleiche Prinzip empfiehlt der Abgeordnete für die beschlossenen Kürzungen bei den finanziellen Leistungen für die Bundesbeamten. Statt einer Halbierung solle es zu Einschnitten je nach Höhe des Dienstgrades kommen. Rossmann: „Wir brauchen auch hier die soziale Balance.“ Insbesondere beim Entlassungs- und Weihnachtsgeld für Grundwehrdienst- und Zivildienstleistende sieht der Abgeordnete keine Kürzungsmöglichkeit.

Von den Streichplänen wäre zudem an erster Stelle die Bundeswehr betroffen. Rossmann: „Von 190.000 Berufssoldaten beziehen 150.000 kleinere Einkommen.“ Es müsse berücksichtigt werden, dass von 430.000 jungen Menschen eines Jahrgangs 150.000 Wehr- und Ersatzdienst leisten. Rossmann: „Eine komplette Streichung von Weihnachts- und Entlassungsgeld für diese jungen Menschen wäre sicherlich ein falsches Zeichen.“ Der Abgeordnete unterstützt deshalb den Vorschlag des neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, bei Kürzungen im öffentlichen Dienst zu differenzieren und die weniger gut bezahlten Gehaltsgruppen sowie die Zivis und die Rekruten von den Streichungen weitgehend auszunehmen.